



SPE

EUROPÄISCHE
SOZIALDEMOKRATIE

GERECHTER STRUKTURWANDEL

– Den Wandel gerecht gestalten

Gute grüne Arbeit
Modernisierte Wirtschaft
Wohlbefinden der Bürgerinnen und Bürger

Bericht des SPE-Netzwerks
für Umwelt und Klimawandel



VORWORT

Die europäischen Kohle- und Stahlarbeiterinnen und Kohle- und Stahlarbeiter und ihre Schwerindustrie brachten dem Kontinent enorme Vorteile. Sie haben wesentlich zum Wohlstand und zur technologischen Führungsrolle der EU beigetragen. Aber dieses Wirtschaftsmodell wird derzeit von der Klimawissenschaft in Frage gestellt: Um die Erwärmung des Planeten deutlich unter 2 Grad Celsius zu halten, wie es das Pariser Abkommen zum Klimaschutz vorschreibt, sind ehrgeizigere Klimaschutzmaßnahmen erforderlich, um die Zukunft der Menschheit und der biologischen Vielfalt zu sichern. Die SPE hat sich wiederholt zur Umsetzung des Pariser Abkommens und zur Bekämpfung der Klimakrise verpflichtet.

Um dieses Ziel zu erreichen, sieht das Pariser Abkommen einerseits die Minderung der Treibhausgasemissionen vor, also den Verzicht auf die Verwendung fossiler Brennstoffe, die Steigerung der Ressourcen- und Energieeffizienz der europäischen Industrie sowie den verstärkten Einsatz erneuerbarer Energien. Dies kann enorme Herausforderungen für die europäischen Industrien und Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer und im Hinblick auf Wandel und Anpassung mit sich bringen und zu Befürchtungen über Arbeitsplatzverluste, Deindustrialisierung und Verfall der Industriegemeinschaften führen. In der Präambel des Pariser Abkommens wird andererseits aber auch gefordert, dass die Klimaschutzmaßnahmen „die zwingende Notwendigkeit eines gerechten Strukturwandels für die arbeitende Bevölkerung und der Schaffung menschenwürdiger Arbeit und hochwertiger Arbeitsplätze im Einklang mit den national festgelegten Entwicklungsprioritäten“ berücksichtigen sollen. Die Verfolgung eines gerechten Strukturwandels ist zudem unerlässlich für die Erfüllung der Ziele der Vereinten Nationen für nachhaltige Entwicklung, die unter anderem menschenwürdige Arbeit und Wirtschaftswachstum (Ziel 8), saubere Energie für alle (Ziel 7), Klimaschutz (Ziel 13) und Beseitigung der Armut (Ziel 1) fordern.



Sergei Stanishev

Parteivorsitzender
Sozialdemokratische Partei Europas

Dank der Arbeit unserer politischen Familie ist das Konzept des gerechten Strukturwandels heute fester Bestandteil der Diskussionen über die Energie- und Klimapolitik in der EU. Als Sozialdemokratische Partei Europas haben wir immer wieder gefordert, dass der grüne Strukturwandel durch eine soziale Dimension ergänzt werden muss.

Ein gut geplanter gerechter Strukturwandel kann Ängste und Widerstände über die möglichen sozialen Auswirkungen des Klimawandels verhindern. Er kann eine Zukunft bieten, die trotz der Herausforderungen so wohl Sicherheit als auch Chancen bietet. Ein gerechter Strukturwandel wird aber nicht von selbst erfolgen; Arbeitsplatzverluste sind keine automatische Folge der Klimapolitik, sondern die Folge mangelnder Planung, unzureichender Sozial- und Wirtschaftspolitik und fehlender Investitionen.

Wir, die europäischen Sozialistinnen und Sozialisten und Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten, sind bereit, diese Herausforderungen in Chancen umzusetzen. Die europäische Energieunion muss von einem Sozialpakt für ihre industrialisierten Regionen begleitet werden, damit uns die Vorteile des Energiewandels zugutekommen.

In seinem Bericht „Den gerechten Strukturwandel anführen: Eine neue europäische Industriepolitik – Für eine modernisierte Industriebasis und gute grüne Arbeit“ hat das SPE-Netzwerk für Umweltschutz und Klimawandel die Aspekte für eine gerechte Strategie für den Strukturwandel in Europa herausgearbeitet, die auf drei Säulen basiert:

1. Regionales Targeting, Planung und Mitbestimmung

Kohle- und kohlenstoffintensive Regionen sollten auf europäischer Ebene ausgewiesen werden, um eine gezielte Unterstützung dieser Regionen zu

ermöglichen. Diese Regionen sollten Aktionspläne zu Energie und Klimaschutz mit langfristigen Strategien für die gerechte Gestaltung des Strukturwandels entwickeln, wobei die Vorausschau auf politische Veränderungen in allen relevanten Politikbereichen erforderlich ist. Interessengruppen, insbesondere die Sozialpartner, müssen eng in die Planung und Umsetzung gerechter Übergangsstrategien einbezogen werden. Die Fortschritte der Energiewende sollten systematisch überwacht und bewertet werden.

2. Politische Zielsetzungen und soziale Sicherung

Der grüne Strukturwandel muss von einer aktiven Arbeitsmarkt- und Wirtschaftspolitik begleitet werden. Unsere Bemühungen müssen darauf abzielen, menschenwürdige Arbeitsplätze zu schaffen. Die Information der Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen über die neuen Kompetenzen, die in der grünen Wirtschaft benötigt werden, muss ein Hauptziel sein, damit eine Anpassung an veränderte Arbeitsplätze und Arbeitsplatzanforderungen erfolgen kann. Kohlenstoffintensive Regionen müssen bei der Ermittlung neuer Geschäftsmöglichkeiten in einer diversifizierten lokalen Wirtschaft unterstützt werden, und Unternehmen benötigen einen besseren Zugang zu kohlenstoffarmen Technologien. Um das Lebensumfeld der Menschen und die weichen Standortfaktoren zu verbessern, muss die städtische Infrastruktur in den Industrieregionen verbessert werden.

3. Investitionen und Finanzierung

Die EU-Mitgliedstaaten und die Regionen sollten Fonds für einen sozialgerechten Strukturwandel aufbauen, die durch Einnahmen aus Auktionen im Rahmen des EU-Emissionshandelssystems finanziert werden. Die Industrieregionen sollten den grünen Strukturwandel ebenfalls mit entsprechenden Fonds aus dem laufenden EU-Haushalt finanzieren. Der EU-Haushalt für die Zeit nach 2020 sollte eine umfangreiche Finanzierung für den gerechten Strukturwandel

vorsehen. Es bedarf eines europäischen Ansatzes, um Regionen und Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer zu unterstützen, die diese globale Herausforderung bewältigen müssen. Wir begrüßen es, dass die Europäische Kommission in ihrem Maßnahmenpaket „Saubere Energie für alle Europäer“ (Clean Energy Package) vom November 2016 angekündigt hat, dass sie „prüfen wird, wie der Strukturwandel in Kohle- und kohlenstoffintensive Regionen besser unterstützt werden kann“, eine Verpflichtung, die sie in ihrem zweiten Bericht zur Lage der Energieunion wiederholt hat. Wir unterstützen diesen Ansatz voll und ganz und wollen ihn durch Forderungen verstärken:

- Mitteilung der Kommission über den gerechten Wandel zu einer kohlenstoffarmen Wirtschaft. In Anlehnung an die Empfehlungen des SPE-Netzwerks für Umwelt und Klimawandel sollten in einer solchen Mitteilung weitere Initiativen zur Umsetzung eines Rahmens für den gerechten Strukturwandel auf europäischer, nationaler und regionaler Ebene ermittelt werden, einschließlich der Ermittlung von Finanzierungsmöglichkeiten für einen solchen gerechten Wandel.

- die Aufnahme des Rahmens für den gerechten Strukturwandel in den EU-Haushalt nach 2020.

- eine aktualisierte EU-Strategie für die Dekarbonisierung der Wirtschaft bis zur Jahrhundertmitte, unter Berücksichtigung des neuen, ambitionierten Ziels des Pariser Abkommens zur Begrenzung der globalen Erwärmung auf deutlich unter 2 °C, idealerweise sogar auf 1,5 °C. Das Prinzip des gerechten Strukturwandels muss die Grundlage für eine solche Strategie sein. Als Sozialistinnen und Sozialisten und Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten wollen wir keine veralteten Strukturen der Vergangenheit erhalten, sondern treten an, um den Wandel aktiv zu begleiten. Wir wollen neue Perspektiven für die Zukunft bieten.



Jo Leinen

Mitglied des Europäischen Parlaments
Vorsitzender des SPE-Netzwerks
Umwelt und Klimawandel



Yonnc Polet

Stellvertretender Generalsekretär
Sozialdemokratische Partei Europas



INHALTSVERZEICHNIS

- 11** 1. Einleitung
- 12** 2. Klimaschutzmaßnahmen: Herausforderungen und Chancen für Industrieregionen
- 15** 3. Unsere Prinzipien: Gerechter Strukturwandel – Den Wandel gerecht gestalten
- 17** 4. Maßnahmenvorschläge
 - 4.1 Regionales Targeting, Planung und Mitbestimmung
- 20** 4.2 Politische Zielsetzungen und Sozialschutz
- 28** 4.3 Investitionen und Finanzierung
- 31** Schlussbemerkungen

Internationale Verpflichtungen für mehr Klimaschutzmaßnahmen

Das Pariser Abkommen über den Klimawandel zur Eindämmung der globalen Erwärmung „deutlich unter 2 Grad“, die mittel- und langfristigen Klimaziele der EU, das Nachhaltigkeitsziel der Vereinten Nationen, die Verpflichtung der G7 zur „Dekarbonisierung Weltwirtschaft“ im Laufe des Jahrhunderts sowie die Verpflichtung der EU, ihre Wirtschaft kreislauffähiger zu gestalten, legen die Richtung für eine ehrgeizigere EU-Klima- und Energiepolitik fest.



PROGRESSIVES | PROGRESSISTES
FOR CLIMATE | POUR LE CLIMAT



21 PROPOSITIONS PROGRESSISTES POUR LA COP21
21 PROGRESSIVE PROPOSALS FOR COP21
Paris, 21 octobre 2015

Cambridge *Juan Luis* *Elio Di Ruvo*
Remo Salsani *Stavros*
Butter *John Crombez*
Jean Burtan *Franklin Hon* *Diederik Sanzen*
Rita Schwemle Sub *Joop* *L. Sch*
Christ *Estelle Embrans* *Milovan* *Monica Mular*
Floris Vanwesenbeeck



“ Die Herausforderung besteht darin, diesen Übergang zu gestalten und Klarheit und Orientierung für alle zu schaffen, die von diesem Wandel betroffen sind. Dies wird es uns ermöglichen, die Veränderungen zu antizipieren, vorzubereiten und den Wandel zu gestalten.

Maroš Šefčovič (2016)¹

Vizepräsident der EU-Kommission
für die Energieunion



1. EINLEITUNG

Die Aussichten sind bereits klar, ein Wandel ist unvermeidlich: Der Übergang zu einer grüneren Wirtschaft ist bereits im Gange, aber die EU muss diesen Übergang beschleunigen, um die Klimakrise zu bewältigen und weiteren Schaden abzuwenden. Die Menschen wollen eine gesunde Umwelt und die Vermeidung eines gefährlichen Klimawandels.

Die Bekämpfung der Klimakrise ist eine globale Herausforderung und eine unglaubliche Chance zugleich. Wird all dies richtig angegangen, kann der Klimaschutz eine entscheidende Antriebskraft für Veränderung und soziale Gerechtigkeit sein.

Einzelne Regionen oder Staaten mögen damit überfordert sein. Wir wissen, dass es in einigen Branchen zu erheblichen Problemen kommen wird. Wir können jedoch aus früheren Beispielen lernen. Darüber hinaus beweist die Europäische Union ihren Mehrwert, indem sie Regionen und Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer unterstützt, die auf dem Weg zu einem neuen Wirtschaftsmodell sind, das allen Europäerinnen und Europäern zugutekommt.

Bei einem gerechten Wandel zu einer dekarbonisierten Wirtschaft kann eine ehrgeizige Klimapolitik nicht von der Sorge um Arbeitsplätze, Gesundheit und Geschäftsmöglichkeiten getrennt werden. Ein solcher Wandel muss eine entsprechende Planung umfassen, um Personen den Schutz zu bieten, den sie benötigen, und ihnen hilft, neue Fähigkeiten und Kenntnisse zu entwickeln, um so zu einer Diversifizierung unserer Wirtschaft beizutragen.

Ein gerechter Wandel gibt uns die Möglichkeit, die industrielle Grundlage Europas zu verbessern und die Arbeitskräfte Europas auf die grünen Arbeitsplätze der Zukunft vorzubereiten und unsere Städte lebenswerter zu machen.

Um ihren internationalen Verpflichtungen nachzukommen, muss die EU die Verwendung fossiler Brennstoffe, insbesondere die gesamte Verbrennung von Kohle zur Energieerzeugung, so bald wie möglich einstellen. Gleichzeitig muss sie den Einsatz erneuerbarer Energien erhöhen sowie die Industrie ressourcen- und energieeffizienter machen. Dies aber muss geschehen, ohne dass es zu sozialen und wirtschaftlichen Strukturbrüchen kommt. Gleichzeitig sind Versorgungssicherheit und Erschwinglichkeit der Energie zu gewährleisten. Die Energiewende muss mit der Beseitigung der Energiearmut einhergehen, um den ärmsten und am stärksten gefährdeten Haushalten zu helfen.²

Mit ihren historischen Wurzeln und ihrer Nähe zur Gewerkschaftsbewegung, der Arbeiterbewegung sowie zu den Industrie- und Bergbauregionen sind die Sozialdemokratische Partei Europas und ihre Mitgliedsparteien und -organisationen in einer guten Ausgangsposition, um die politische Führung zu übernehmen und diesen Wandel zu gestalten. Wir werden uns von unserem Grundwert der sozialen Gerechtigkeit leiten lassen.³

Dabei werden Regionen mit einer kohleintensiven Industrie eine Schlüsselrolle spielen. Sie kennen ihre lokalen Bedürfnisse und Möglichkeiten am besten und sollten dabei unterstützt werden, ihre eigenen Wege zu einer saubereren Wirtschaft zu gehen.

2. KLIMASCHUTZ: HERAUSFORDERUNGEN UND CHANCEN FÜR INDUSTRIEREGIONEN

Bei diesem Wandel geht es nicht darum, Europa für das Klima zu deindustrialisieren. Es geht vielmehr um eine gezielt verbesserte europäische Industriepolitik, die mit ehrgeizigeren Umweltzielen vereinbar ist, indem der Einsatz modernster Technologien und Verfahren ermöglicht wird.

Dennoch kann dies Befürchtungen aufkommen lassen, dass ehrgeizige Klimapolitik auf Kosten von Arbeitsplätzen und Wachstum sowie der Zerstörung der Industriekultur geht, die für viele Regionen von grundlegender Bedeutung ist. Branchen, die besonders von kohlenstoffintensiven Industrien abhängig sind, werden mehr Anstrengungen unternehmen müssen, um ihre Industrien auf eine kohlenstoff- und ressourceneffizientere Basis umzustellen. Und gerade in diesen Regionen kann es zu Widerstand gegen Klimaschutzmaßnahmen kommen.⁴

Der Stahlsektor der EU, der für 1,3 % des BIP der EU verantwortlich ist, beschäftigt heute 328.000 Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer und eine noch größere Zahl indirekt und direkt abhängiger Arbeitsplätze.⁵ Hingegen arbeiten im Bergbau und Steinbruch europaweit rund 583.000 Menschen in 19.000 Unternehmen.⁶ Viele dieser Arbeitsplätze konzentrieren sich auf bestimmte Regionen, für die ein Verlust dieser Arbeitsplätze die Existenzgrundlage der Menschen bedrohen würde. Fast die gesamte Zahl der Arbeitsplätze im Kohlebergbau in der EU konzentriert sich in den folgenden fünf EU-Ländern: Polen (54 %), Deutschland (13,6 %), Rumänien (8,1 %), Bulgarien (6,3 %), mit hoher geografischer

Konzentration in einigen Regionen. Von 2012 bis 2015 sank die Beschäftigung im Kohlebergbau um 20 %, von 240.000 auf 185.000 direkt beschäftigte Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in der EU.⁷

In einer dekarbonisierten Wirtschaft werden einige kohlenstoffintensive Arbeitsplätze durch kohlenstoffarme Arbeitsplätze ersetzt, andere kohlenstoffintensive Arbeitsplätze wandern in Nicht-EU-Länder ab. Viele Unternehmen werden sich an das neue Umfeld anpassen. Bestehende Arbeitsplätze werden neu definiert. Die Nutzung von sauberer Energie, Energieeffizienzmaßnahmen und Klimaanpassung bieten ein enormes Potenzial für die Schaffung von Arbeitsplätzen.⁸ Außerdem wird sie zur Wettbewerbsfähigkeit der Industriebetriebe in der EU, zu sauberer Luft, gesunder Umwelt und zur Verbesserung des städtischen Raums beitragen.

Der Übergang zu einer dekarbonisierten Wirtschaft bietet Möglichkeiten für die Schaffung neuer Arbeitsplätze in kohlenstoffarmen Sektoren. Dennoch, während durch Vermeidungsstrategien und Anpassungsmaßnahmen neue Arbeitsplätze, in bestehenden als auch in neuen Wirtschaftszweigen geschaffen werden, sind gleichzeitig auch Probleme in etablierten Branchen zu erwarten und bestehende Arbeitsplätze werden gefährdet. Die meisten Studien zeigen jedoch, dass die Wende hin zu kohlenstoffarmen Energien, einen positiven (wenn auch bescheidenen) Effekt auf die Nettobeschäftigung und das Wachstum des BIP haben wird. Klimaziele können als Investitionsziele betrachtet werden, da eine ehrgeizige Klimapolitik in Investitionsbedarf umgesetzt werden

	2012	2015	Änderung 2012-2015
PL	128 000	99 498	-22%
DE	34 200	25 068	-27%
CZ	22 000	18 000	-18%
RO	21 000	15 042	-28%
BG	13 000	11 765	-10%
EL	7 500	4 919	-34%
UK	5 800	1 975	-66%
SK	3 700	2 190	-41%
ES	3 400	3 324	-2%
HU	2 100	1 655	-21%
SI	1 600	1 274	-20%
EU	240 600	185 000	-23%

Zahl der Beschäftigten im Steinkohlenbergbau in der EU im Jahr 2015 im Vergleich zu 2012.

kann.⁹ Ambitioniertere Reduktionsziele für Treibhausgase in Verbindung mit ambitionierten Zielen für die Erzeugung erneuerbarer Energien und Energieeffizienz-niveaus haben tendenziell höhere Nettoarbeitsplatz- und BIP-Wachstumseffekte als die reinen Treibhausgas-Reduktionsziele.¹⁰

Die Zahl der Arbeitsplätze im Bereich der erneuerbaren Energien ist zwischen 2008 und 2014 um fast 70 % gestiegen, mit fast 1,1 Millionen Arbeitsplätzen, die im Jahr 2014 in der EU direkt oder indirekt mit erneuerbaren Energien verbunden sind, was 0,52 % der Gesamtbeschäftigung entspricht. Allerdings ist die Beschäftigung im Sektor der erneuerbaren Energien seit 2012 rückläufig, was zum Teil auf strukturelle Faktoren wie den schrumpfenden Photovoltaiksektor zurückzuführen ist, in dem die Produktion von Solarmodulen zunehmend nach China verlagert wird. Aber vor allem kommen hier zyklische Faktoren und politische Entscheidungen zum

Tragen, da die Mehrheit der Mitgliedstaaten inmitten einer Finanz- und Haushaltskrise beschlossen hat, die Investitionen in erneuerbare Energien zu reduzieren.^{11 12}

Arbeitsplätze in energieeffizienten Bereichen beliefen sich im Jahr 2010 auf mehr als 900.000, was 0,44 % der Beschäftigung in der EU insgesamt entspricht.¹³

Die Europäische Kommission schätzt, dass ihr Maßnahmenpaket „Saubere Energie für alle Europäer“ bis 2030 zusätzliche 900.000 Arbeitsplätze schaffen könnte (davon 400.000 in der Energieeffizienz).¹⁴

Die Sektoren, die am meisten über potenzielle Arbeitsplatzverluste besorgt sind oder in denen bestehende Arbeitsplätze verteidigt werden müssen, sind diejenigen mit einer hohen Kohlenstoffintensität. Dabei handelt es sich um die Energieerzeugung (26 % der Treibhausgasemissionen in der EU), die Fertigungsindustrie (19 %), die

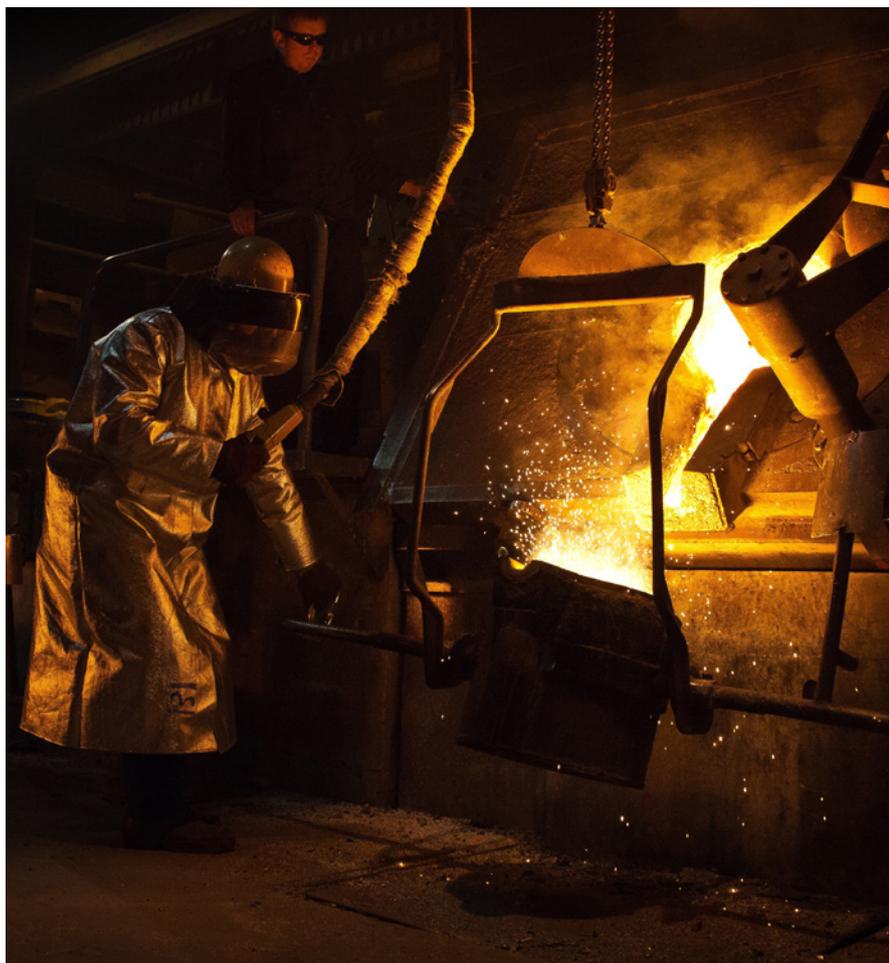
Landwirtschaft (12 %), den Verkehr (11 %) und das Baugewerbe (11 %, einschließlich anderer Dienstleistungen), was fast ein Drittel der Gesamtbeschäftigung der EU im Jahr 2015 (70 Millionen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer) ausmacht. In den mittel- und osteuropäischen Ländern gibt es dabei mehr kohlenstoffintensive Arbeitsplätze als im EU-Durchschnitt (z. B.: Rumänien (57 %), Polen (47 %), verglichen mit Luxemburg (16 %) und den Niederlanden (21 %)).

Dieser Wandel muss so organisiert werden, dass er zu einer Win-win-Situation für Umwelt, Arbeitsplätze und Wirtschaft führt. Es geht nicht um einen abrupten Strukturbruch, sondern um einen graduellen Strukturwandel, an dem Gesellschaft, Politik und Unternehmen beteiligt sind.¹⁵ Dieser Wandel muss einen gerechten Übergang zu einer grüneren Wirtschaft darstellen, die alle Beteiligten einbezieht, Wege für neue Arbeitsplätze und Industrien öffnet und bei der die Beschäftigungs- und Sozialkosten des Strukturwandels sowie wirtschaftliche Vorteilsnutzungen gerecht aufgeteilt werden müssen.

Die Klimapolitik ist jedoch nur ein Motor für den industriellen Wandel. Auch breitere wirtschaftliche Trends spielen eine Rolle, die sich auf Arbeitsplätze und soziale Sicherungssysteme auswirken, wie Globalisierung, demografischer Wandel, Automatisierung, Digitalisierung und künstliche Intelligenz sowie der Rückgang der Weltmarktpreise für Kohle dank immer wettbewerbsfähigerer erneuerbarer Energien.

Ein gerechter Strukturwandel muss daher in eine umfassendere europäische Industriestrategie eingebettet sein, die auf mehr Kohärenz zwischen den EU-Politiken zur Bewältigung dieser Herausforderungen beruht.

Eine bessere wirtschaftliche Belastbarkeit und soziale Gerechtigkeit zu erreichen ist nicht nur ein Thema für Kohle- und kohlenstoffintensive Regionen. Diese müssen aber eindeutig im Mittelpunkt künftiger Maßnahmen stehen. Einen gerechten Strukturwandel brauchen wir jedoch für ganz Europa, und es sind gezielte Unterstützungsmaßnahmen in allen Regionen und Sektoren gefordert.



3. UNSERE PRINZIPIEN: GERECHTER STRUKTURWANDEL – DEN WANDEL GERECHT GESTALTEN



Für einen gerechten Strukturwandel ist der soziale Dialog von grundlegender Bedeutung. Dabei sollte der Schwerpunkt nicht nur auf der Schaffung von Arbeitsplätzen in aufstrebenden grünen Sektoren liegen, sondern auch bestehende Arbeitsplätze in kohlenstoff- und ressourcenintensiven Sektoren ökologischer gestaltet werden. Es geht darum, den Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern den Zugang zur allgemeinen und beruflichen Bildung zu erleichtern, damit sie in einer dekarbonisierten, ressourceneffizienten Wirtschaft auf dem neuesten Stand bleiben. Und es geht um die Bereitstellung eines sozialen Sicherheitsnetzes durch aktive Arbeitsmarktpolitik und Sozialschutz sowie umfangreiche Investitionen, um die Voraussetzungen für den Aufbau neuer und die Modernisierung bestehender Industrien zu schaffen.^{17 18}

Es gibt wissenswerte Beispiele, die zeigen, dass Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten den Wandel von der alten Industrie hin zu grüneren Sektoren geleitet haben. Zum Beispiel das Ruhrgebiet in Nordrhein-Westfalen, wo es mit einer nachhaltigen und aktiven Strukturpolitik in Höhe von mehreren Milliarden Euro gelungen ist, den Zusammenbruch der

Steinkohle- und Stahlindustrie zu mildern und gleichzeitig das Wachstum in den Bereichen Dienstleistungen und wissensintensiven Sektoren zu fördern. Dazu gehörte auch die Gründung neuer Universitäten, die Förderung von Innovationen und einer lebendigen Gründerszene.¹⁹ Ein anderes Beispiel ist Wallonien und sein „Marshallplan 4.0²⁰“, mit dem das Potenzial der Digitalisierung durch die Kombination von Industrieproduktion und digitaler Wirtschaft genutzt wird. Der Nordosten Englands ist ein kohlenstoffarmer Wirtschaftsraum.^{21 22} Die Wirtschaft konzentriert sich hier auf die Entwicklung und Herstellung von Fahrzeugen mit niedrigem CO₂-Ausstoß und Innovationen im Bereich der Offshore-Energiebeschaffung. In anderen Regionen und Städten lieferte die Stärkung des lokalen Kulturerbes neue wirtschaftliche Impulse. Beispiele dafür sind der Bau des Guggenheim-Museums in Bilbao oder der imagefördernde Titel „Kulturhauptstadt Europas“ für Glasgow, Lille, Liverpool und Essen. In der Lausitz haben die Seenlandschaft, die durch Sanierung, Bepflanzung und Überschwemmung ehemaliger Tagebaue entstanden ist, sowie eine Reihe von Museen und Sehenswürdigkeiten, die sich der Industriekultur widmen, die Tourismusbranche angekurbelt.^{23 24}

Diese Beispiele zeigen auch, dass Veränderungen nicht über Nacht geschehen, sondern hier ein langsamer Prozess bewältigt werden muss.

Es ist daher ein begrüßenswerter Schritt, dass die Europäische Kommission in ihrem Maßnahmenpaket „Saubere Energie für alle Europäer“ (Clean Energy Package) vom November 2016 angekündigt hat, dass sie „prüfen wird, wie der Übergang in Kohle- und kohlenstoffintensive Regionen besser unterstützt werden kann“²⁵, eine Verpflichtung, die sie in der zweiten Fassung des Energieunionsberichtes wiederholt hat.²⁶

Der gerechte Strukturwandel in Regionen mit hohem CO₂-Ausstoß war auch Gegenstand von Projekten des Europäischen Gewerkschaftsbundes (EGB)²⁷, der Internationalen Gewerkschaftsbewegung²⁸ und der Stiftung für Europäische Progressive Studien (FEPS) in Zusammenarbeit mit Change Partnership.²⁹

Die SPE hat sich in ihrem Parteitagbeschluss in Prag vom Dezember 2016 uneingeschränkt für die Förderung eines sozialverträglichen Übergangs eingesetzt, „der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern in CO₂-undressourcenintensiven Berufen in der dekarbonisierten Kreislaufwirtschaft der Zukunft neue Chancen bietet“, in der „der soziale Dialog“ „ein Schlüsselement dieses Prozesses darstellen“ und „durch die weitere Stärkung der regionalen Kapazitäten begünstigt werden“ sollte.³⁰ In ihrem SPE-Beschluss, der durch den SPE-Parteitag am 1. Dezember 2017 in Lissabon verabschiedet wurde, bekräftigte die SPE ihr Engagement für einen gerechten Strukturwandel.³¹

Die Notwendigkeit eines gerechten Strukturwandels ist auch in völkerrechtlichen Verträgen verankert, nämlich in der Präambel des Pariser Abkommens. Die Unterzeichner der Vereinbarung berücksichtigen die

„zwingende Notwendigkeit eines gerechten Strukturwandels für die arbeitende Bevölkerung und der Schaffung menschenwürdiger Arbeit und hochwertiger Arbeitsplätze im Einklang mit den national festgelegten Entwicklungsprioritäten.“³²

Ein Auftrag für den gerechten Strukturwandel ergibt sich auch aus den Zielen der Vereinten Nationen für nachhaltige Entwicklung (SDGs), die sich aus SDG 1 (Armutsbekämpfung), SDG 7 (saubere Energie für alle), SDG 8 (menschenwürdige Arbeit und Wirtschaftswachstum) und SDG 13 (Klimaschutz) ergeben.³³

Um zur Verwirklichung dieser internationalen Verpflichtungen beizutragen, die Forderungen des SPE-Beschlusses in Prag und Lissabon umzusetzen und auf den Studien des EGB und der FEPS/Change Partnership aufzubauen, enthält dieser Bericht des PES Environment and Climate Change Network (SPE-Netzwerk für Umwelt und Klimawandel) einige Vorschläge für die Gestaltung eines gerechten Strukturwandels der europäischen Kohle- und kohlenstoffintensive Regionen, die auf drei wichtigen politischen Vorschlägen basieren:

1) Regionales Targeting, Planung und Mitbestimmung

2) Politische Zielsetzungen und Sozialschutz

3) Investitionen und Finanzierung

4. MASSNAHMENVORSCHLÄGE

4.1. Regionales Targeting, Planung und Mitbestimmung

a) Identifizierung gefährdeter Regionen

Um die Unterstützung gezielt zu nutzen und zu kanalisieren, sollten Kohle- und kohlenstoffintensive Regionen auf europäischer Ebene als „Just Transition Regions“ ausgewiesen werden, was eine gezielte Unterstützung der betroffenen Regionen ermöglichen würde. Die Regionen mit klimaschädlicher Industrie, einem Cluster von klimaschädlichen Industrien oder in denen ein hoher Anteil der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in der kohle- und kohlenstoffintensiven Industrie beschäftigt sind, könnten als Zielregionen für gerechten Strukturwandel betrachtet werden.

b) Lokale und regionale Behörden zur Entwicklung von Energie- und Klimaaktionsplänen

Einschließlich des Konzepts des gerechten Strukturwandels und in Verbindung mit den Klima- und Energiezielen sollten die betroffenen Regionen umfassende Energie- und Klimaaktionspläne entwickeln und eine langfristige Strategie für die Dekarbonisierung festlegen, die alle relevanten Politikbereiche integriert. Die Regionen verfügen oft über die notwendigen politischen Hebel, um den Übergang zu einer kohlenstoffarmen Wirtschaft zu beschleunigen, z. B. Innovation, Unternehmensförderung, Bildung, lebenslanges Lernen, Verkehrsinfrastrukturen, Arbeitsvermittlung.

Diese Pläne sollten nach einem konkreten Zeitplan durchgeführt werden und alle Regierungsebenen sowie Industrie- und Politikbereiche einbeziehen. Dabei sollte die Kohärenz zwischen öffentlicher und privater Initiative gewährleistet sein, um spezifische Dekarbonisierungspfade anzugehen, die jeweils auf die konkrete Region zugeschnitten sind.

Die Maßnahmen sollten Folgendes beinhalten:

³⁴ ³⁵

- Eine klare Analyse des Bedarfs und der zugrundeliegenden Probleme
- Eine Analyse der Interessenvertretung, um festzulegen, wer an der Festlegung der Ziele beteiligt sein sollte
- Eine praktikable Zuweisung eines Zeitrahmens, Haushaltsmitteln und Zuständigkeiten
- Kontrolle und Bewertung als ein dauerhaftes Instrument zum Lernen und Anpassen von Implementierungsmaßnahmen
- Networking, länderübergreifende Zusammenarbeit und der Austausch bewährter Praktiken
- Erstellung eines integrierten Finanzplans, der sich auf Mittel der lokalen, regionalen und nationalen Behörden sowie auf EU-Mittel stützt
- Maßnahmen zum Schutz von Land, Wasser und Luft zum Schutz der regionalen und lokalen Biodiversität und der natürlichen Ressourcen
- Die Schaffung von Netzwerken für Innovation, Wettbewerbsfähigkeit und Unternehmertum

Die Leitlinien³⁶ des Rahmenübereinkommens der Vereinten Nationen über Klimawandel könnten als Grundlage für die Entwicklung lokaler und regionaler Energie- und Klimaaktionspläne dienen, die dem Grundsatz des gerechten Strukturwandels Rechnung tragen.

Die lokalen Behörden sind in einer guten Position, um sich klar für solche langfristigen regionalen Dekarbonisierungsstrategien einzusetzen, um politischen Entscheidungsträgern und Investoren Stabilität und Verlässlichkeit zu bieten. Dies sollte die Grundlage für die europäische Kofinanzierung und technische Unterstützung sein.

Regionale Dekarbonisierungsstrategien würden auch ein vorausschauendes Planen der erforderlichen Qualifikationen und einen Qualifikationsfahrplan beinhalten, um die Arbeitskräfte für zukünftige industrielle Bedürfnisse fit zu machen und zu halten.

Solche regionalen Strategien könnten auch die Grundlage für die finanzielle und technische Unterstützung des regionalen gerechten Strukturwandels durch die EU bilden.

c) Kontrolle, Bewertung und Berichterstattung

Die lokalen Regierungen und regionalen Behörden sollten verpflichtet werden, über die Fortschritte bei der Umsetzung ihrer Strukturwandelpläne zu berichten, wenn sie EU-Mittel erhalten. Daher sollten von den Regionen Kontroll- und Bewertungssysteme eingerichtet und Indikatoren entwickelt werden, um die Fortschritte beim Strukturwandel und seine sozialen Auswirkungen zu messen. Dies würde verhindern, dass Regionen miteinander konkurrieren.

Auf europäischer Ebene sollte ein Forum für die gegenseitige Begutachtung regionaler Strategien eingerichtet werden. Dieses Forum sollte Workshops anbieten, in denen sich regionale Vertreter, Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Europäischen Kommission, Expertinnen und Experten aus dem akademischen Bereich, Sozialpartner und die Zivilgesellschaft treffen können, um Erfahrungen aus bewährten Verfahren zu diskutieren und die Arbeit des anderen zu überprüfen.³⁷

Es muss ein wirksames System der Kontrolle, Transparenz und Rechenschaftspflicht geschaffen werden, um die Verpflichtungen aus den regionalen und lokalen Energie- und Klimaaktionsplänen einzuhalten.



d) Beteiligungs- und Dialogplattformen

Die Entwicklung und Umsetzung regionaler Strategien für einen gerechten Strukturwandel sollte auf der breiten Beteiligung der Gesellschaft beruhen. Politischer Konsens ist eine wesentliche Voraussetzung für eine erfolgreiche Strukturpolitik, wenn es sich um einen stabilen und berechenbaren langfristigen Prozess handeln soll.³⁸

Es sollte ein Konsens aller Interessengruppen darüber erzielt werden, dass eine Dekarbonisierung erforderlich ist. Aber der Beitrag und die Beteiligung aller Interessengruppen werden eine solide und legitime Grundlage bilden, auf der Finanzierungsprioritäten und nachhaltige Projekte ermittelt werden können. Aus diesem Grund sollten Plattformen für die Einbeziehung lokaler Akteure eingerichtet werden, an denen beispielsweise lokale Regierungen und Behörden, Gewerkschaften, Arbeitgeber und Unternehmensverbände der von der Dekarbonisierung betroffenen Sektoren und der Sektoren mit Wachstumspotenzial in einer dekarbonisierten Wirtschaft, Hochschulen und die Zivilgesellschaft beteiligt sind, um einen langfristigen politischen Rahmen zu schaffen.

Es ist wichtig, Frauen mit den entsprechenden Fähigkeiten auszustatten, damit sie auf allen Ebenen am Strukturwandel teilnehmen können, einschließlich in der Entscheidungs- und Umsetzungsphase. Durch den Strukturwandel haben Frauen die Möglichkeit, sich den Herausforderungen der grünen Wirtschaft zu stellen.

Auf lokaler Ebene sollten dreiseitige Strukturen geschaffen werden, um die Sozialpartner systematisch einzubeziehen und den Dialog zwischen lokalen Regierungen, Gewerkschaften und Arbeitgebern zur Steuerung des Strukturwandels zu fördern.

e) EU-weite langfristige Planung

Die aktuelle kohlenstoffarme Strategie der Europäischen Kommission für 2050 basiert auf den Vereinbarungen der Vereinten Nationen von Kopenhagen (2009) und Cancún (2010) mit dem Ziel, die Klimaerwärmung auf 2 Grad Celsius zu begrenzen. Diese wurden nun durch die neuen Ziele des Pariser Klimaschutzabkommens ersetzt. Mit dem neuen Referenzziel im Pariser Abkommen, die globale Erwärmung „deutlich unter 2 Grad Celsius“ oder sogar 1,5 Grad Celsius zu halten, und der Verpflichtung, in der zweiten Hälfte des Jahrhunderts die Treibhausgasneutralität zu erreichen. Der gesamte Fahrplan der Europäischen Kommission für das Jahr 2050, einschließlich ihrer Zwischenziele zur Reduzierung der Treibhausgase, muss nach oben korrigiert werden, um diesen neuen, ehrgeizigeren internationalen Klimaschutzverpflichtungen gerecht zu werden. Die SPE forderte auf ihrer Tagung in Lissabon 2017, „dass die EU ein formelles und verpflichtendes Ziel setzt, um die Wirtschaft bis zur Mitte des Jahrhunderts vollständig und gerecht zu dekarbonisieren, mit einer klaren Strategie für die benötigten wirtschaftlichen, sozialen und umweltschutzpolitischen Veränderungen“. Dies soll auch Geldmittel für einen gerechten Strukturwandel für die Regionen umfassen, die ihn am nötigsten brauchen.³⁹

4.2. Politische Zielsetzungen und Sozialschutz

a) Schaffung und Erhaltung von menschenwürdigen Arbeitsplätzen und Sozialschutz für alle Menschen

Ziel muss es sein, menschenwürdige Beschäftigungsmöglichkeiten zu erhalten und zu schaffen, „Arbeitsplätze, die ein angemessenes Einkommen und Sozialschutz bieten, sichere Arbeitsbedingungen, Achtung der Rechte am Arbeitsplatz und einen wirksamen sozialen Dialog“.⁴⁰

Durch neue Arbeitsprozesse und Technologien sind die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in der grünen Wirtschaft mit neuen Gefahren für Gesundheit und Sicherheit am Arbeitsplatz konfrontiert, die neue Kombinationen von Fähigkeiten erfordern, um damit umzugehen. Daher sollten Verordnungen erlassen werden, um die Gesundheit und Sicherheit der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in der grünen Wirtschaft zu gewährleisten.⁴¹

Auch den Arbeitsbedingungen, Gehältern und geschlechtsspezifischen Ungleichheiten in der grünen Wirtschaft sollte Aufmerksamkeit geschenkt werden. Wie eine Studie⁴² der IG Metall zeigt, sind die Arbeitsbedingungen und Gehälter der Beschäftigten im Bereich der erneuerbaren Energien oft schlechter als in den traditionellen Branchen.

Daher müssen gesetzliche Regelungen geschaffen werden, um die Situation der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in der grünen Wirtschaft zu verbessern. Außerdem muss die gewerkschaftliche Organisierung der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in der grünen Wirtschaft ebenso gefördert werden wie der soziale Dialog auf Unternehmensebene in „alten“ und

„neuen“ Branchen, um Umstrukturierungen besser zu antizipieren und zu bewältigen.

b) Investitionen in Qualifikationen

Der Aufbau, der Betrieb und die Instandhaltung moderner und wettbewerbsfähiger Industrien erfordert hoch qualifizierte Arbeitskräfte. Die Kompetenzen der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer müssen stets auf dem neuesten Stand sein, damit sich die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer an sich verändernde Arbeitsplätze und Arbeitsplatzanforderungen in einer saubereren Wirtschaft anpassen können. Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in den emissionsreichsten Industrien, die im Durchschnitt ein geringeres Qualifikationsniveau im Vergleich zu denen in kohlenstoffarmen Industrien haben⁴³, sind besonders in den Blick zu nehmen, damit sie ihre Kenntnisse auf den neusten Stand bringen können.

Die Arbeitgeber benötigen qualifizierte Arbeitskräfte für den Einsatz neuer oder neu aufkommender Technologien. Dies zeigt auch die jüngste Entscheidung des Stahlverarbeitungsunternehmens im österreichischen Kapfenberg Voestalpine aufgrund der hohen Konzentration an motivierten und qualifizierten Arbeitskräften in der Region das erste neue Stahlwerk Europas seit vierzig Jahren zu bauen.⁴⁴

Branchenspezifische Fahrpläne für Beschäftigung und Qualifikation für energieintensive Industrien sowie Investitionen in Bildung und die Stärkung der Kultur des lebenslangen Lernens sollten daher eine Grundlage für einen gerechten regionalen Strukturwandel bilden. Die Fahrpläne für Qualifikationen sollten durch ausreichende Mittel untermauert werden.





Branchenspezifische Qualifikationsräte und -allianzen könnten den Interessengruppen auf sektoraler Ebene Input liefern.⁴⁵

Ein gutes Beispiel für die Zusammenarbeit privater und öffentlicher Akteure ist die spanische Region Navarra. In Zusammenarbeit mit dem regionalen Unternehmerverband und dem Industrieverband hat die Regionalregierung die wichtigsten Qualifikationsdefizite in der Region ermittelt. Auf der Grundlage dieser Ergebnisse ist CENIFER, ein öffentliches Trainingszentrum für erneuerbare Energien, zu einem wichtigen Ausbildungsanbieter für den Sektor der erneuerbaren Energien geworden.⁴⁶ Es sollte eine „grüne“ Haushaltslinie in das Erasmus-Programm integriert werden, die es Lehrlingen und Auszubildenden ermöglicht, an Mobilitätsprogrammen in anderen EU-Ländern teilzunehmen. Das Programm zielt auf Branchen ab, die Aus- und Fortbildungen für Arbeitsplätze im Energiewendeprozess anbieten. Viele der neuen Arbeitsplätze, die durch die Energiewende entstehen, sind noch vielen Menschen unbekannt. Ein solches grünes Erasmus-Programm könnte diese Arbeitsplätze bekannter machen und junge Menschen ermutigen, eine Ausbildung in einer Wachstumsbranche zu absolvieren.⁴⁷

c) Milderung der sozialen Auswirkungen des Strukturwandels

Um die öffentliche Unterstützung für Klimaschutzmaßnahmen in Kohle- und kohlenstoffintensive Regionen zu stärken, sollten die Maßnahmen speziell auf Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer aus Sektoren und Regionen ausgerichtet sein, die durch den Strukturwandel hin zu einer kohlenstoffarmen Wirtschaft negativ beeinflusst werden könnten. Besonderes Augenmerk sollte auf den (Wieder-)Einstieg von Frauen in den Arbeitsmarkt der grünen Wirtschaft gelegt werden.

Die politischen Maßnahmen sollten Folgendes leisten:

- Die Stärkung der öffentlichen Arbeitsämter mit Arbeitsvermittlern und Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern, die speziell für die Beratung von Arbeitskräften aus der kohle- und kohlenstoffintensiven Industrie ausgebildet wurden, um Berufsberatungs- und Beratungsdienste, Qualifizierungspläne und nicht-formalisiertes und informelles Lernen und dessen Bewertung anzubieten.⁴⁸
- Die umfassende Einführung von Jugendgarantien, um jungen Menschen nach Abschluss der Schule, Ausbildung, Universität oder Arbeitslosigkeit den (Wieder-)Einstieg in den Arbeitsmarkt zu erleichtern.
- (Aus- und) Weiterbildungsprogramme als Präventivmaßnahme und nicht nur als Reaktion auf Strukturbrüche
- Förderung der freiwilligen geografischen und beruflichen Mobilität
- Leichtere Weiterqualifizierung und Umschulung älterer Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer sowie bequemer Übergang älterer Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in den Ruhestand
- Unterstützung für den Vorruhestand⁴⁹
- Sozialförderprogramme zur Begleitung von Strukturveränderungen, wie sie z. B. in Deutschland zur Begleitung von Rationalisierungsmaßnahmen im Kohlebergbau eingesetzt werden:⁵⁰
 - Anpassungsbeihilfe für Trainingsmaßnahmen, Erstattung von Reise- und Umzugskosten
 - Anpassungsgeld zur Überbrückung der Zeit bis zur Pensionierung und Vorruhestandsregelung
 - Abfindungen: Kurzarbeits- oder Teilzeitarbeitslösungen, die sicherstellen könnten, dass die Mitarbeiter an ihrem Arbeitsplatz bleiben können (wenn auch vorübergehend mit weniger Arbeitsstunden), anstatt abrupt entlassen und arbeitslos zu werden. Solche Lösungen bedürfen der Zustimmung und Beteiligung des jeweiligen Unternehmens sowie der Betriebsräte.
- Unterstützungen für die Unternehmensgründung.

Neben dem Ausstieg aus fossilen Brennstoffen muss sich auch bei den Menschen zuhause ein Wandel vollziehen. Wenn es Verbraucher gibt, die durch den Energiewandel Verluste erleiden, wird es schwierig sein, Unterstützung durch die Bürger zu erhalten, was für den Erfolg entscheidend ist. Derzeit leiden in Europa rund 50 Millionen Menschen – jeder zehnte Europäer – unter Energiearmut. Energieeffizienzmaßnahmen müssen auf energiearme und gefährdete Haushalte ausgerichtet sein. Dabei sollten die Verbraucher befähigt werden, durch verbesserte Verbraucherinformation und -rechte die Höhe ihrer Stromrechnung zu begrenzen, wie von den Energieministern der SPE gefordert.⁵¹



d) Zugang zu kohlenstoffarmer Technologie

Die Zugangsverbesserungen der Industrie zu kohlenstoffarmen Technologien ist der Schlüssel, um die Dekarbonisierung von Regionen zu erreichen. Regionale Entwicklungsbanken können eine wichtige Rolle dabei spielen, Unternehmen zu ermöglichen, erneuerbare Energietechnologien, Energieeffizienzmaßnahmen und Prozessinnovationen einzuführen, um die Kreislaufwirtschaft zu unterstützen.

Investitionen in kohlenstoffarme Technologien sind der Schlüssel zur Verhinderung einer Deindustrialisierung: Einerseits hilft die Verbreitung kohlenstoffarmer Technologien bestehenden Industrien, sich an höhere Umweltstandards anzupassen, andererseits bieten neue Technologien neue Geschäftsmöglichkeiten.

Es könnten lokale Technologietransferzentren eingerichtet werden. Diese Zentren könnten unter anderem Unternehmen, insbesondere kleine und mittlere Unternehmen, Hochschulen und Forschungseinrichtungen dabei unterstützen, Kontakte zwischen lokalen Organisationen und neuen Märkten und potenziellen Partnern herzustellen und Fachwissen in den Bereichen Innovationsmanagement, Wissenstransfer und Technologiebewertung anzubieten sowie Informationen über Finanzierungsmöglichkeiten zu erhalten.⁵²

e) Förderung lokaler industrieller Potenziale

Sehr kohlenstoffreiche Industrieregionen sollten mögliche regionale Entwicklungsszenarien diskutieren und branchenspezifische Wirtschaftscluster identifizieren, also wirtschaftliche Nischen im globalen Markt, die die betreffende Region am erfolgreichsten besetzen kann. Diese Szenarien sollten auf Standortfaktoren beruhen, die die Bedürfnisse und Potenziale dieser Region berücksichtigen, die von bio- und wissensbasierten Industrien bis hin zu neuen lokalen Tourismus- und Industriekulturindustrien reichen. Für diese Strategien sollten die geeigneten

kontextspezifischen Prioritäten für den Strukturwandel festgelegt werden. Das heißt, ein Übergang von einem bestehenden Sektor zu einem neuen; die Modernisierung der bestehenden Industrie; wirtschaftliche Diversifizierung der bestehenden Spezialisierung und Aktivitäten in Richtung neuer Sektoren; oder die radikale Gründung eines neuen Bereichs.⁵³

Intelligente Spezialisierung⁵⁴ ist besonders gut geeignet, um diesen Prozess „verbundener Diversifizierung“ zu fördern, der auf den bestehenden Stärken der Regionen und den Fähigkeiten der Arbeitskräfte zur Entwicklung neuer Aktivitäten aufbaut. Die Europäische Kommission erprobt derzeit im Rahmen ihrer Pilotaktionen zur intelligenten Spezialisierung neue Ansätze für die regionalspezifische Unterstützung zur Stärkung der Innovationskapazitäten in industriellen Transformationsregionen und zu interregionalen Partnerschaften für Innovationsprojekte sowie im Rahmen der Initiative zu Kohle- und kohlenstoffintensive Regionen. Diese Pilotprojekte könnten sich nach positiver Bewertung zu einem ständigen EU-Programm entwickeln.

Durch die angestrebte Diversifizierung der Wirtschaftsstrukturen sollte eine enge Fokussierung auf einzelne oder sehr begrenzte Branchen und Cluster vermieden werden, um die „Versorgung der benachteiligten Gebiete von morgen“ nicht zu gefährden.^{55 56}

Der digitale Wandel muss als eines der Hauptmerkmale und kommenden Herausforderungen des Strukturwandels anerkannt werden, bei dem klassische Branchen und innovative Start-ups zusammenkommen.^{57 58}



Vorzeigeprojekte können zu einem neuen Image und neuen Wegen beitragen und als Schwerpunkt für weitere öffentliche und private Investitionen in Regionen dienen, die bisher von alten Industrien dominiert wurden. Die Gründung von Universitäten – wie am Beispiel des Ruhrgebiets – kann Forschung und Entwicklung fördern und industrielle Innovationen vorantreiben.

Kultur spielt in dieser Hinsicht eine entscheidende Rolle, wie der Wandel in Kulturhauptstädten Europas zeigt, die früher von kohlenstoffreichen, ressourcenintensiven Industrien dominiert wurden, wie Glasgow (1990), Lille (2004), Liverpool (2008) oder Essen (2010)⁵⁹. Ein weiteres Beispiel ist der Bau des Guggenheim Museums in Bilbao.

Der Industrietourismus ersetzt zwar nicht die durch das Verschwinden der früheren Industrie verlorenen Arbeitsplätze, bringt aber dennoch bemerkenswerte direkte und indirekte Einnahmen und kann das Image und die Reputation ehemaliger Industriegebiete verbessern. Es wird erwartet, dass der Industrietourismus in Europa ein direktes Einkommen von 9 Mrd. EUR generiert. Das indirekte Einkommen ist wahrscheinlich viel höher, und sein Potenzial könnte durch den Aufbau effektiver Kontakte zu Tourismusagenturen und Tourismusunternehmen und durch die Verbesserung der Qualifikationen im Tourismusbereich gestärkt werden.⁶⁰

f) Verbesserung des städtischen Raums

Aus der Sicht von Außenstehenden werden viele Regionen der Schwerindustrie oft als unattraktives Gebiet mit verschmutzter Umwelt angesehen, das weder externe Investitionen noch hoch qualifiziertes Humankapital anzieht. Daher sollte der Übergang zu grüneren Industrien nicht nur die Modernisierung der industriellen Basis, sondern auch die Sanierung des städtischen Raums beinhalten. Auf diese Weise können ehemalige kohlenstoffreiche Regionen das Lebensumfeld der Menschen und „weiche“ Standortfaktoren verbessern, um ihre wirtschaftliche Attraktivität zu erhöhen.⁶¹

Zu den Maßnahmen könnten gehören⁶²

- Aufwertung der Innenstädte (Sanierung, Schaffung attraktiver öffentlicher Räume, Fußgängerzonen, Kulturstätten usw.).
- Die Umstrukturierung des Wohnungsbestands, mit einem angemessenen Rechtsrahmen, um Investitionen anzuziehen.
- Investitionen in die Geländesanierung, zur Wiederherstellung einer gesunden Umwelt und zur Beseitigung von Investitionshemmnissen. Umweltverschmutzende Unternehmen könnten sich verpflichten, einen bestimmten Teil ihres Umsatzes in einen Fonds zur Finanzierung der Sanierung und Altlastenbeseitigung einzuzahlen⁶³.
- Verbesserung der Zugänglichkeit von Industrieregionen als Schlüssel zur Nutzung neuer Entwicklungsmöglichkeiten (d. h. Verbindung von Städten und Stadtteilen durch U-Bahn-Netze, Verbindung von Regionen durch Hochgeschwindigkeitsbahnnetze und Flughäfen).



4.3. Investitionen und Finanzierung

Notwendige Finanzierungen sind eines der großen Hindernisse für die Entwicklung kohlenstoffarmer Strategien. Die Europäische Kommission⁶⁴ schätzt, dass zur Erreichung der Energie- und Klimaziele der EU für 2030 im Zeitraum 2020-2030 jährlich rund 379 Mrd. EUR vor allem in Energieeffizienz, erneuerbare Energiequellen und Infrastruktur investiert werden müssen, die noch nicht die für die soziale Dimension des Strukturwandels erforderlichen Investitionen enthalten.

Auf europäischer Ebene müssen spezifische Fonds zur Kofinanzierung eines kohlenstoffarmen Strukturwandels in den einzelnen Regionen eingerichtet werden. Es könnte verlangt werden, dass die Regionen, in denen ein Übergang stattfindet, glaubwürdige langfristige regionale Strategien für die Dekarbonisierung vorlegen, um eine europäische Kofinanzierung zu erhalten. Diese Mittel zur Unterstützung von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern und Gemeinschaften beim Übergang zu einem kohlenstoffarmen Unternehmen könnten durch Einnahmen des Europäischen Emissionshandelssystems und durch spezielle Fonds innerhalb des mehrjährigen Finanzrahmens bereitgestellt werden.

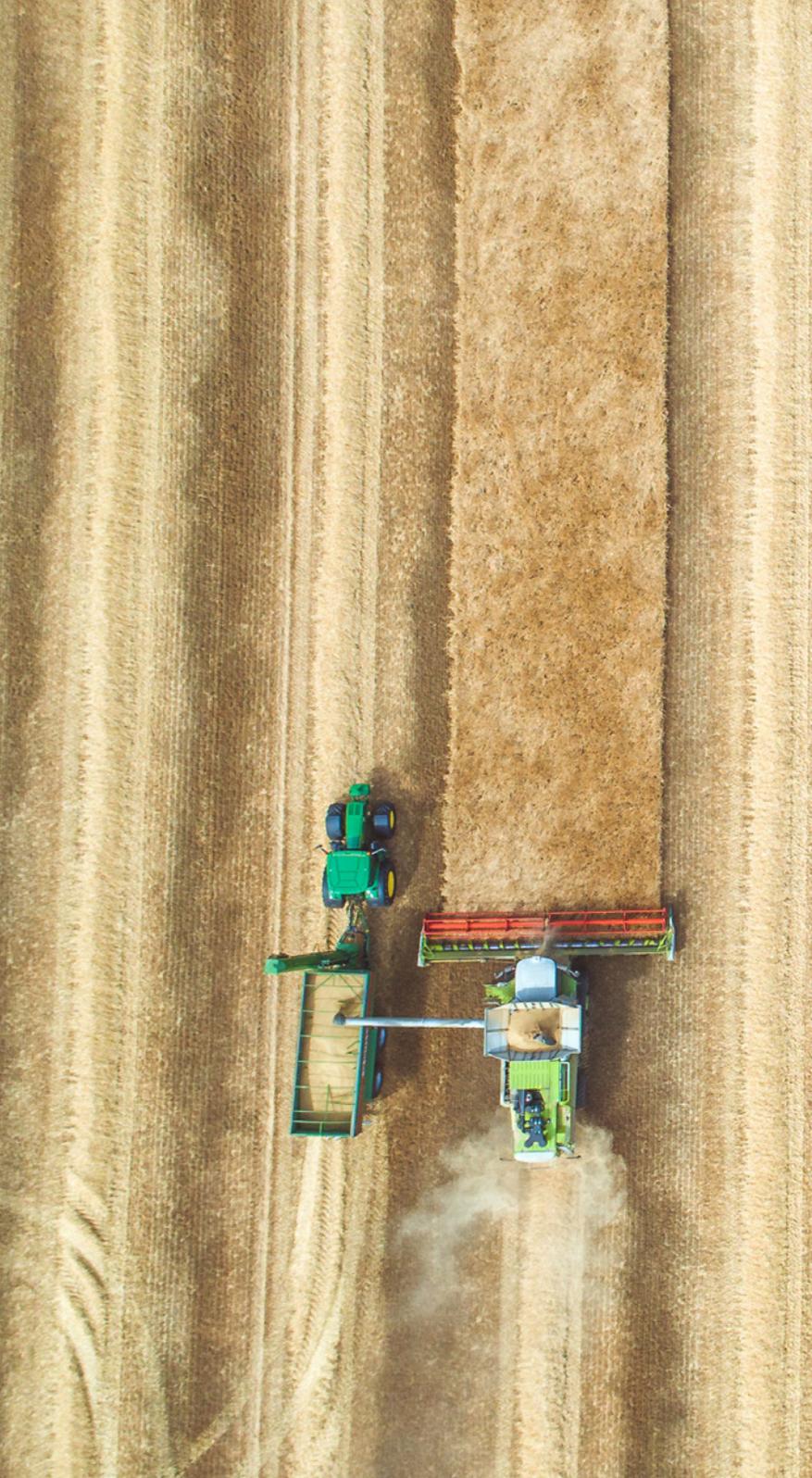
„Gute Arbeit“ sollte das leitende Prinzip werden und mit öffentlichen Subventionen unterstützt werden.

a) Gerechte Übergangsfonds

In der Öffentlichkeit wurde die Einrichtung eines spezifischen europäischen gerechten Übergangsfonds zur Unterstützung der Energiewende befürwortet, der aus 2 % der Einnahmen aus dem Europäischen Emissionshandelssystem (EHS)⁶⁵ finanziert wird, um kohle- und kohlenstoffintensive Regionen bei ihrem Übergang zu einer grünen Wirtschaft zu unterstützen, wie von der SPE⁶⁶, der S&D-Fraktion⁶⁷ und der Gewerkschaftsbewegung gefordert. Leider wurde dies von den Konservativen während der Verhandlungen zur Reform des EU-Emissionshandelssystems (EU-EHS) für die Zeit nach 2020 blockiert.

Überlegungen zum gerechten Strukturwandel – allerdings in geringerem Umfang – wurden im Rahmen des EHS-„Modernisierungsfonds“ in die Reform des EHS nach 2020 einbezogen. Der Modernisierungsfonds wird durch die Versteigerung von 2 % der Gesamtzertifikate finanziert, um die Energieeffizienz und die Modernisierung des Energiesektors zu fördern und einen gerechten Übergang in kohlenstoffabhängigen Regionen der Mitgliedstaaten mit einem Pro-Kopf-BIP unter 60 % des EU-Durchschnitts zu unterstützen.

Die Reform des Emissionshandels nach 2020 ermöglicht es allen Mitgliedstaaten, die Einnahmen aus dem Emissionshandelssystem zu nutzen, um zu einem gerechten Übergang zu einer kohlenstoffarmen Wirtschaft beizutragen, insbesondere in den am stärksten betroffenen Regionen. Diese Einnahmen könnten für die Einrichtung von nationalen/regionalen Übergangsfonds verwendet werden.



Die Sozialpartner sollten aktiv in das Fondsmanagement einbezogen werden, und um Mittel zu erhalten sollte die Beteiligung der lokalen Sozialpartner eine Schlüsselanforderung für Projekte sein.

Mit der Reform des EHS wird auch ein Innovationsfonds eingerichtet, der die kohlenstoffarme Innovation bei Projekten zur Nutzung erneuerbarer Energien und zur CO₂-Abscheidung und -Speicherung sowie die kohlenstoffarme Innovation in der energieintensiven Industrie unterstützt. Ausgestattet mit 450 Mio. EUR Zertifikaten könnte sie bis zu 11,25 Mrd. EUR erreichen, wenn der CO₂-Preis 25 EUR erreicht.

b) Bestehende Mittel im Mehrjährigen Finanzrahmen (MFR)

Und es gibt uns. Wir geben der Zukunft einen Preis.

■ EU-Kohäsionspolitik: 69 Mrd. EUR werden für Investitionen in allen Dimensionen der Energieunion bereitgestellt (29 Mrd. EUR für Energieeffizienz, erneuerbare Energien, Kraft-Wärme-Kopplung, intelligente Energieinfrastruktur sowie Forschung und Innovation zur kohlenstoffarmen Energieversorgung; 40 Mrd. EUR für nachhaltige städtische Mobilität und andere kohlenstoffarme Verkehrsträger wie Schienen, Seehäfen und Binnenschifffahrt).

Industrieregionen müssen bei den Verhandlungen über den Kohäsionsfonds für die Zeit nach 2020 besonders berücksichtigt werden, da sie mit zahlreichen Herausforderungen konfrontiert sind, die im Rahmen der Kohäsionspolitik zu bewältigen sind, wie z. B. industrieller Wandel, Energiewende, Digitalisierung, Beschäftigung und sozialer Zusammenhalt.⁶⁹ Der neue kohäsionspolitische Rahmen sollte sich auf eine qualitativ hochwertige Bildung, Ausbildung und Weiterbildung für Jugendliche konzentrieren, Arbeitslosigkeit und Armut angehen, die Gleichstellung der

Geschlechter, soziale Integration fördern und Veränderungen im Lebenszyklus berücksichtigen. Dies ist auch im Rahmen eines grünen und gerechten Übergangs von Bedeutung, bei dem den Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern in energie- und ressourcenintensiven Branchen Wege angeboten werden, um in neuen und saubereren Zukunftsbranchen Arbeit zu finden. Es handelt sich um einen politischen Rahmen für die integrierte territoriale Entwicklung, der sich gut eignet, um den Übergang zum Umweltschutz und die territoriale Gleichstellung anzugehen, indem sichergestellt wird, dass diejenigen Regionen, die am wenigsten in die Umwelt und den Klimawandel investieren können, über die entsprechenden Ressourcen verfügen.

■ **Europäischer Sozialfonds:** 1,1 Mrd. EUR werden bereitgestellt, um die Bildungs- und Ausbildungssysteme zu verbessern, die für die Anpassung der Fähigkeiten und die Schaffung neuer Arbeitsplätze Energie- und Umweltsektoren erforderlich sind.

■ **Horizont 2020:** 650 Mio. EUR zwischen 2016 und 2020 für Forschungseinrichtungen und andere Akteure für innovative Industrieprojekte.

■ **Forschungsgelder für Kohle und Stahl:**

50 Mio. EUR jährlich für die Modernisierung des Stahlsektors

■ **Europäische Investitionsbank (EIB):** Entwicklungsbanken investieren in Gebiete mit hohem sozialen Wert und sind bereit, im Vergleich zum kommerziellen Sektor in Projekte mit höherem Risiko zu investieren⁷⁰.

Die Europäische Investitionsbank verpflichtet mindestens 25 % ihres Kreditportfolios zu einem kohlenstoffarmen und klimaresistenten Wachstum. Im Jahr 2016 waren es 16,9 Mrd. EUR.

■ **Europäischer Fonds für strategische Investitionen**

(EFSI): Ziel des EFSI ist es, bis 2020 Investitionen in Höhe von 500 Mrd. EUR zu mobilisieren. 40 % der EFSI-Finanzierung sollen einen Beitrag zu Klimaschutzmaßnahmen leisten. Derzeit jedoch sind die Investitionen des Fonds auf bestimmte geografische Gebiete konzentriert, und das Geld fließt nicht dorthin, wo es am dringendsten benötigt wird, d.h. in Energieeffizienzmaßnahmen.

■ **Der Europäische Fonds für die Anpassung an die Globalisierung (EGF)**

unterstützt Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, die aufgrund großer struktureller Veränderungen im Welthandelsgefüge infolge der Globalisierung ihren Arbeitsplatz verlieren. Er verfügt über maximale jährliche Finanzierungsmittel von 150 Mio. EUR. Eine Reform des EGF könnte seinen Anwendungsbereich auf die Unterstützung von Kohlebergbauregionen in EU-Ländern ausdehnen, die sich zu einem raschen Abbau von Kohle verpflichten, und die Förderbedingungen könnten so geändert werden, dass der EGF nicht nur genutzt werden kann, nachdem die Arbeitnehmerinnen oder der Arbeitnehmer bereits seine Arbeit verloren hat, sondern bevor dies geschieht, um Veränderungen vorwegzunehmen⁷¹.

Die Europäische Kommission sollte für jede Industrie-region Arbeitsgruppen einrichten, die sie bei der Frage der verfügbaren finanziellen und technischen Hilfe der EU beraten. Sie sollte auch spezifische Programme zur Stärkung der Verwaltungskapazitäten auflegen, z. B. durch Schulung des Personals der lokalen und regionalen Behörden in Bezug auf die Verwaltung der Übergangsfonds und die Nutzung umweltfreundlicher öffentlicher Aufträge.

Generell sollten die Regeln des Europäischen Fonds vereinfacht werden, um den Zugang insbesondere für kleinere Unternehmen zu erleichtern.



5. SCHLUSS- BEMERKUNGEN

Die Bekämpfung der Klimakrise ist eine globale Herausforderung, die einzelne Regionen oder sogar Länder überfordern könnte. Hier beweist die Europäische Union ihren Mehrwert, indem sie Regionen und Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer unterstützt, die in ein neues Wirtschaftsmodell einsteigen müssen, das allen Europäern zugutekommt.

Bei richtiger Steuerung kann Klimaschutz eine Agenda für Veränderung und soziale Gerechtigkeit sein. Der Übergang zu einer grüneren Wirtschaft wird in einigen Branchen zu erheblichen Problemen führen. Dennoch ist dieser Strukturwandel für eine gesunde Umwelt und zur Vermeidung der Gefahren des Klimawandels unvermeidlich. Ein gerechter Übergang zu einer grünen Wirtschaft wird gleichzeitig auch Möglichkeiten bieten, die industrielle Basis Europas zu verbessern, die Arbeitskräfte Europas auf die grünen Arbeitsplätze der Zukunft vorzubereiten und unsere Städte lebenswerter zu machen.

Es ist die Aufgabe progressiver Parteien, geleitet von ihrem Grundwert der sozialen Gerechtigkeit, politische Führungsstärke und Eigenverantwortung zu übernehmen und diesen Wandel zu gestalten.

Ein gerechter Übergang zu einer dekarbonisierten Wirtschaft kann ehrgeizige Klimapolitik mit der Sorge um Arbeitsplätze, Gesundheit und Geschäftsmöglichkeiten verbinden, wenn sie antizipiert, vorbereitet und gut gehandhabt wird und Sozialschutz, Umschulung der Arbeitskräfte und wirtschaftliche Diversifizierung gewährleistet.

Dabei werden Regionen mit einer kohlenstoffreichen und kohleintensiven Industrie eine Schlüsselrolle spielen. Sie kennen ihre lokalen Bedürfnisse und Möglichkeiten am besten und sollten dabei unterstützt werden, ihren eigenen Weg zu einer saubereren Wirtschaft zu gehen.



ANMERKUNGEN

¹Maroš Šefčovič (2016): Europe can be the leader of a just transition. Progressive Post.

²Party of European Socialists (2016): Towards a social Energy Union: Tackling energy poverty in Europe. Erklärung der SPE-Energieminister vom Juni 2016. Online: <https://www.pes.eu/de/permalink/fc0b58c2-d81a-11e6-9ed2-9a82572148c5.pdf>

³Ladrech, Robert (2017): The Role of Progressive European Parties in the Implementation of the Climate Agenda post COP21. Keele University/Foundation For European Progressive Studies.

Benjamin Denis (2016): A Just Transition: No jobs on a dead planet. The Progressive Post. Online: <http://www.progressivepost.eu/just-transition-no-jobs-dead-planet/>

⁵Europäische Kommission (2016): Fact Sheet. Steel: Preserving sustainable jobs and growth in Europe. Online: http://europa.eu/rapid/press-release_MEMO-16-805_de.htm

⁶Eurostat (2016): Mining and quarrying statistics. Online: http://ec.europa.eu/eurostat/statistics-explained/index.php/Mining_and_quarrying_statistics_-_NACE_Rev_2

⁷Jacques Delors Institute (2017): Making the Energy Transition a European Success. Tackling the Democratic, Innovation, Financing and Social Challenges of the Energy Union. Online: <http://www.institutdelors.eu/wp-content/uploads/2018/01/makingtheenergytransitionaeuropeansuccess-study-pellerincarlfernandesrubio-june2017-bd.pdf?pdf=ok>

⁸Europäische Kommission (2014): Initiative für grüne Beschäftigung: Nutzung des Potenzials der grünen Wirtschaft zur Schaffung von Arbeitsplätzen COM(2014) 446 final. Online: <http://ec.europa.eu/transparency/regdoc/rep/1/2014/EN/1-2014-446-EN-F1-1.Pdf> [dt. Version: <https://ec.europa.eu/transparency/regdoc/rep/1/2014/DE/1-2014-446-DE-F1-1.Pdf>]

¹⁰Ernst & Young (2014): Macro-economic impacts of the low carbon transition.

¹¹Eur Observ'ER (2015): The State of Renewable Energies in Europe. 15th annual overview barometer 2015.

¹²Jacques Delors Institute (2017): Making the Energy Transition a European Success. Tackling the Democratic, Innovation, Financing and Social Challenges of the Energy Union. Online: <http://www.institutdelors.eu/wp-content/uploads/2018/01/makingtheenergytransitionaeuropeansuccess-study-pellerincarlfernandesrubio-june2017-bd.pdf?pdf=ok>

¹³Cambridge Econometrics (2015): Assessing the employment and social impact of energy efficiency. Main report. Online: https://ec.europa.eu/energy/sites/ener/files/documents/CE_EE_Jobs_main%2018Nov2015.pdf

¹⁴Europäische Kommission (2016): Clean Energy for all Europeans. Communication. [Mitteilung der Kommission. Saubere Energie für alle Europäer] Online: http://eur-lex.europa.eu/resource.html?uri=cellar:fa6ea15b-b7b0-11e6-9e3c-01aa75ed71a1.0001.02/DOC_1&format=PDF [<https://eur-lex.europa.eu/legal-content/DE/TXT/HTML/?uri=CELEX:52016DC0860&from=DE>]

¹⁵Benjamin Denis (2016): A Just Transition: No jobs on a dead planet. The Progressive Post. Online: <http://www.progressivepost.eu/just-transition-no-jobs-dead-planet/>

¹⁶Europäische Kommission (2017): Reflection Paper on the Social Dimension of Europe. COM(2017) 2016.

¹⁷EGB (2013): Action urgently needed for Just Transition. Online: https://www.etuc.org/IMG/pdf/COP_19_ETUC_OPZZ_statement.pdf

¹⁸Benjamin Denis (2016): A Just Transition: No jobs on a dead planet. The Progressive Post. Online: <http://www.progressivepost.eu/just-transition-no-jobs-dead-planet/>

¹⁹Galgoczi, Bela (2014): The long and winding road from black to green. Decades of structural change in the Ruhr region. International Journal of Labour Research. Band 6, Issue 2.

²⁰<http://planmarshall.wallonie.be/le-plan-0>

²¹Newcastle Government: North East Strategic Economic Plan. Online: https://www.newcastle.gov.uk/sites/default/files/wwwfileroot/business/business-support-and-advise/european-funding-newcastle/low-carbon-funding-event-24-june-2016/nelep_-_priority_axis_4_low_carbon_call.pdf

²²UK Parliament (2009): Green Jobs and Skills. Additional memorandum submitted by the Department for Business, Innovation and Skills, Department of Energy and Climate Change and Department for Environment, Food and Rural Affairs. Online: <https://www.publications.parliament.uk/pa/cm200910/cmselect/cmenvaud/159/09110303.htm>

²³E3G (2015): Structural Change in Lusatia. What will come after lignite? Online: https://www.e3g.org/docs/E3G_Lausitzstudie_FINAL_EN.pdf

- ²⁴Südwest Presse (2015): Strukturwandel im Revier Lausitz – Cottbusser Grube wird See. Online: <http://www.swp.de/ulm/nachrichten/politik/strukturwandel-im-revier-lausitz-cottbusser-grube-wird-see-10262596.html>
- ²⁵Europäische Kommission (2016): Clean Energy For All Europeans. [Saubere Energie für alle Europäer] COM(2016) 860 final.
- ²⁶Europäische Kommission (2017): Second Report on the State of the Energy Union.
- ²⁷EGB (2016): Industrial regions and climate policies: Towards a just transition?
- ²⁸Internationaler Gewerkschaftsbund. Just Transition Centre. Online: <https://www.ituc-csi.org/just-transition-centre>
- ²⁹EPS/Change Partnership (2016): The new social contract: A just transition.
- ³⁰Sozialdemokratische Partei Europas (2016): Europa retten: Für die Jugend und für den Fortschritt Beschluss vom 3. Dezember 2016 in Prag seitens des SPE-Rates. Online: https://www.pes.eu/export/sites/default/.galleries/Documents-gallery/DE-ADOPTED-PES-Council-Resolution.pdf_2063069299.pdf
- ³¹Sozialdemokratische Partei Europas (2017): #Progressive Europe/Renewal. SPE-Ratsbeschluss. Verabschiedet durch den SPE-Rat in Lissabon am 1. Dezember 2017. Online: https://www.pes.eu/export/sites/default/.galleries/Documents-gallery/PES-Council-Resolution-adopted-by-Council-DE.pdf_2063069299.pdf
- ³²Rahmenübereinkommen der Vereinten Nationen über Klimaänderungen(2015): Übereinkommen von Paris. Online: https://unfccc.int/files/meetings/paris_nov_2015/application/pdf/paris_agreement_english_.pdf [deutsche Version; <https://unfccc.int/resource/docs/convkp/convger.pdf> bzw. https://www.bmu.de/fileadmin/Daten_BMU/Download_PDF/Klimaschutz/paris_abkommen_bf.pdf]
- ³³Just Transition Centre (2017): Just Transition. A Report for the OECD. Online: <https://www.oecd.org/environment/cc/g20-climate/collapsecontents/Just-Transition-Centre-report-just-transition.pdf>
- ³⁴Europäisches Parlament (2013): Report on regional strategies for industrial areas in the European Union. [Regionale Strategien für Industriegebiete in der Europäischen Union] A7-0145/2013. [[https://www.europarl.europa.eu/RegData/etudes/note/join/2013/495848/IPOL-REGI_NT\(2013\)495848_DE.pdf](https://www.europarl.europa.eu/RegData/etudes/note/join/2013/495848/IPOL-REGI_NT(2013)495848_DE.pdf)]
- ³⁵Europäisches Parlament (2013): Hinweis: Regional Strategies for Industrial Areas.
- ³⁶Rahmenübereinkommen der Vereinten Nationen über Klimaänderungen(2016): Just transition of the work-force, and the creation of decent work and quality jobs. FCCC/TP/2016/7.
- ³⁷Committee of the Regions (2016): Territorial dimension of the Industrial Policy Package. Study.
- ³⁸E3G (2016): Instruments for a managed coal phase-out: German and international experiences with structural change.
- ³⁹Sozialdemokratische Partei Europas (2017): #Progressive Europe/Renewal. SPE-Ratsbeschluss. Verabschiedet durch den SPE-Rat in Lissabon am 1. Dezember 2017. Online: https://www.pes.eu/export/sites/default/.galleries/Documents-gallery/PES-Council-Resolution-adopted-by-Council-DE.pdf_2063069299.pdf
- ⁴⁰Rahmenübereinkommen der Vereinten Nationen über Klimaänderungen (2016): Just transition of the work-force, and the creation of decent work and quality jobs. [Notwendigkeit eines gerechten Strukturwandels für die arbeitende Bevölkerung und der Schaffung menschenwürdiger Arbeit und hochwertiger Arbeitsplätze] FCCC/TP/2016/7.
- ⁴¹Europäische Agentur für Sicherheit und Gesundheitsschutz am Arbeitsplatz Sicherheit und Gesundheit der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer an „grünen Arbeitsplätzen“ Online: <https://osha.europa.eu/en/emerging-risks/green-jobs> [Deutsch: <https://osha.europa.eu/de/emerging-risks/green-jobs>]
- ⁴²Industriegewerkschaft Metall (2014): Nachhaltig – aber auch sozial? Arbeitsbedingungen und Einkommen in den Erneuerbaren Energien. Online: https://www.igmetall.de/docs_WInd_EE_Broschue_re_web_11-14_5bf2cc3d451f87712201c9ef685691af3dfe4356.pdf
- ⁴³International Labour Organisation (2011): Towards a Greener Economy: The Social Dimensions. Online: http://www.ilo.org/wcmsp5/groups/public/@dgreports/@dcomm/@publ/documents/publication/wcms_168163.pdf
- ⁴⁴Frankfurter Allgemeine Zeitung (2017): Europas erstes Stahlwerk seit 40 Jahren. Online: <http://www.faz.net/aktuell/wirtschaft/kapfenberg-europas-erstes-stahlwerk-seit-40-jahren-15322793.html>
- ⁴⁵Jacques Delors Institut (2017): Making the Energy Transition a European Success. Tackling the Democratic, Innovation, Financing and Social Challenges of the Energy Union. Online: <http://www.institutdelors.eu/wp-content/uploads/2018/01/makingtheenergytransitionaeuropeansuccess-study-pellerincarlfernandesrubio-june2017-bd.pdf?pdf=ok>
- ⁴⁶Jacques Delors Institut (2017): Making the Energy Transition a European Success. Tackling the Democratic, Innovation, Financing and Social Challenges of the Energy Union. Online: <http://www.institutdelors.eu/wp-content/uploads/2018/01/makingtheenergytransitionaeuropeansuccess-study-pellerincarlfernandesrubio-june2017-bd.pdf?pdf=ok>
- ⁴⁷Jacques Delors Institut (2017): Making the Energy Transition a European Success. Tackling the Democratic, Innovation, Financing and Social Challenges of the Energy Union. Online: <http://www.institutdelors.eu/wp-content/uploads/2018/01/makingtheenergytransitionaeuropeansuccess-study-pellerincarlfernandesrubio-june2017-bd.pdf?pdf=ok>

pdf?pdf=ok

⁴⁸Galgoczi, Bela (2014): The long and winding road from black to green. Decades of structural change in the Ruhr region. International Journal of Labour Research. Bd. 6, Ausgabe 2.

⁴⁹Galgoczi, Bela (2014): The long and winding road from black to green. Decades of structural change in the Ruhr region. International Journal of Labour Research. Bd. 6, Ausgabe 2.

⁵⁰E3G (2016): Instruments for a managed coal phase-out: German and international experiences with structural change

⁵¹Sozialdemokratische Partei Europas (2016): Towards a social Energy Union: Tackling energy poverty in Europe. Erklärung der SPE-Energieminister vom Juni 2016. Online: <https://www.pes.eu/de/permalink/fc0b58c2-d81a-11e6-9ed2-9a82572148c5.pdf>

⁵²Galgoczi, Bela (2014): The long and winding road from black to green. Decades of structural change in the Ruhr region. International Journal of Labour Research. Bd. 6, Ausgabe 2.

⁵³Committee of the Regions (2016): Territorial dimension of the Industrial Policy Package. Studie

⁵⁴Europäische Kommission (2017): Smart Specialisation. Online: <https://ec.europa.eu/jrc/en/research-topic/smart-specialisation>

⁵⁵Europäisches Parlament (2013): Hinweis: Regional Strategies for Industrial Areas.

⁵⁶FEPS/Change Partnership (2016): The new social contract: A just transition.

⁵⁷Federation Wallonia-Brussels: Le Plan Marshall 4.0. Online: <http://planmarshall.wallonie.be/>

⁵⁸Garrelt Duin (2015): NRW ist Meister des Wandels. Online: <https://www.land.nrw.de/blogbeitrag/nrw-ist-meister-des-wandels>

⁵⁹Europäisches Parlament (2013): European Capitals of Culture. Success Strategies and Long-Term Effects. [„Kulturhauptstädte Europas: Erfolgsstrategien und langfristige Auswirkungen“] Studie. Online: [http://www.europarl.europa.eu/RegData/etudes/etudes/join/2013/513985/IPOL-CULT_ET\(2013\)513985_EN.pdf](http://www.europarl.europa.eu/RegData/etudes/etudes/join/2013/513985/IPOL-CULT_ET(2013)513985_EN.pdf) [deutsche Ausgabe: [https://www.europarl.europa.eu/RegData/etudes/STUD/2013/513985/IPOL-CULT_ET\(2013\)513985_DE.pdf](https://www.europarl.europa.eu/RegData/etudes/STUD/2013/513985/IPOL-CULT_ET(2013)513985_DE.pdf)]

⁶⁰Europäisches Parlament (2013): Industrial heritage and agri/rural tourism in Europe. [Industrieerbe- und Agro-/Landtourismus in Europa] Studie. Online: [http://www.europarl.europa.eu/RegData/etudes/etudes/join/2013/495840/IPOL-TRAN_ET\(2013\)495840_EN.pdf](http://www.europarl.europa.eu/RegData/etudes/etudes/join/2013/495840/IPOL-TRAN_ET(2013)495840_EN.pdf) [<https://op.europa.eu/de/publication-detail/-/publication/8b8d8e99-04c0-4c44-836c-9bea92250bcb/language-de>]

⁶¹Galgoczi, Bela (2014): The long and winding road from black to green. Decades of structural change in the Ruhr region. International Journal of Labour Research. Bd. 6, Ausgabe 2.

⁶²Europäisches Parlament (2013): Hinweis: Regional Strategies for Industrial Areas.

⁶³FEPS/Change Partnership (2016): The new social contract: A just transition.

⁶⁴Europäische Kommission (2016): Clean Energy for all Europeans. Communication. Online: http://eur-lex.europa.eu/resource.html?uri=cellar:fa6ea15b-b7b0-11e6-9e3c-01aa75ed71a1.0001.02/DOC_1&format=PDF [<https://eur-lex.europa.eu/legal-content/DE/TXT/HTML/?uri=CELEX:52016DC0860&from=DE>]

⁶⁵was sich auf bis zu 7,75 Mrd. EUR bei einem CO₂-Preis von 25 EUR belaufen würde, wie von der Europäischen Kommission erwartet.

⁶⁶Sozialdemokratische Partei Europas (2016): Europa retten: Für die Jugend und für den Fortschritt Beschluss vom 3. Dezember 2016 in Prag seitens des SPE-Rates Online: https://www.pes.eu/export/sites/default/.galleries/Documents-gallery/DE-ADOPTED-PES-Council-Resolution.pdf_2063069299.pdf

⁶⁷Europäisches Parlament (2017): Kosteneffizienz von Emissionsminderungsmaßnahmen und Investitionen in CO₂-effiziente Technologien. Abänderungen des Europäischen Parlaments vom 15. Februar 2017 P8_TA-PROV(2017)0035. Online: <http://www.europarl.europa.eu/sides/getDoc.do?pubRef=-//EP//NONSGM-L+TA+P8-TA-2017-0035+0+DOC+PDF+VO//EN>[deutsche Version: https://www.europarl.europa.eu/doceo/document/TA-8-2017-0035_DE.pdf?redirect]

⁶⁸Europäischer Gewerkschaftsbund (European Trade Union Confederation)(2015): ETUC Position on the Structural Reform of the EU Emissions Trading System. Genehmigt von der Sitzung des Executive Committee vom 16. bis 17. Dezember 2015. Online: https://www.etuc.org/documents/position-structural-reform-eu-emissions-trading-system#WLWc5_Lk057

⁶⁹Europäisches Parlament (2016): Challenges for EU cohesion policy. Issues in the forthcoming post-2020 reform. [Herausforderungen für die EU-Kohäsionspolitik. Fragen im Zusammenhang mit der bevorstehenden Reform nach 2020.] Briefing.

⁷⁰Mazzucato, Mariana (2016): The Green Entrepreneurial State. Science Policy Research Unit Working Paper Series. University of Sussex.

⁷¹Tagliapietra, Simone (2017): Beyond Coal: Facilitating the transition in Europe. Bruegel Policy Brief. Issue 5. Online: http://bruegel.org/wp-content/uploads/2017/11/PB-2017_05_SimoneTagliapietra-1.pdf

⁷²Ladrech, Robert (2017): The Role of Progressive European Parties in the Implementation of the Climate Agenda post COP21. Keele University/Foundation For European Progressive Studies.

Wenn Sie Fragen oder Anmerkungen zu unserer Arbeit in den Bereichen Umwelt, Energie und Klima haben, wenden Sie sich bitte an Gerrit Krause (Gerrit.Krause@pes.eu) oder an Julian Muhs (Julian.Muhs@pes.eu)

Folgen Sie uns auf

www.facebook.com/pes.pse

und

www.twitter.com/pes_pse.

Sozialdemokratische Partei Europas/

Party of European Socialists (PES)

10-12 Rue Guimard

1040 Brüssel

Belgien

T **+32 2 548 90 80**

info@pes.eu

AISBL-BBCE-N 0897.208-032

Diese Publikation wurde vom Europäischen Parlament finanziell unterstützt. Die alleinige Verantwortung liegt beim Autor, und das Europäische Parlament ist nicht verantwortlich für die Verwendung der darin enthaltenen Informationen.

Diese Broschüre wurde auf Recyclingpapier gedruckt.
November 2018